



Drei Vorschläge für Israel und Palästina – Überwindung des Urtraumas?

08.04.2025, 15:49 Uhr
Von: Aleida Assmann



Was kann die Zukunft bringen? Junge im Gaza-Streifen. © Eyad Baba/AFP

Drei Vorschläge für die Zukunft in Israel und Palästina.

Nach einem kurzen Waffenstillstand droht im Gaza-Krieg wieder der Status quo, dessen Dynamik Kardinal Pizzaballa von Jerusalem bereits nach dem ersten Jahr sehr klar beschrieben hat: „Die beiden Gesellschaften sind traumatisiert. Die israelische Gesellschaft hat den 7. Oktober als eine kleine Shoah erlebt. Und für die palästinensische Gesellschaft ist der Krieg in Gaza eine neue Nakba.“ Mit anderen Worten: beide Kriegsparteien sind gefangen im ewigen Kreislauf ihres Urtraumas – der Vertreibung bei den Palästinensern auf der einen Seite, und der Holocaust auf der anderen Seite.

In beiden Fällen handelt es sich um eine historische Wunde, die von beiden Seiten nicht nur als ein historisches Faktum erlebt wird, sondern zugleich auch psychisch als die sich wiederholende Gefahr einer absoluten Katastrophe, denn in beiden Fällen geht es um nicht weniger als das Sein oder Nichtsein als Gruppe.

Der versperrte Ausweg nach hinten

Mit Blick auf die Vergangenheit ist jeglicher Ausweg aus diesem Krieg verriegelt. Deshalb muss man die Perspektive radikal auf die Zukunft umstellen, um eine mögliche Lösung für das politische Dilemma zu imaginieren. Genau das hat Bashir Bashir getan, ein palästinensischer Politologe, der seit Oktober letzten Jahres am Wissenschaftskolleg zu Berlin forscht. Sonja Zekri hat ihn im Januar 2025 für das Magazin „Köpfe und Ideen“ interviewt und mit ihm über eine mögliche Zukunft dieses Landes nach dem Ende des Israel-Gaza-Krieges gesprochen, in dem auch die Rolle Deutschlands in diesem Konflikt ein Thema war.

In Deutschland ist allgemein bekannt, dass Putin mit seinem Angriffskrieg der Nation der Ukraine ihre Kultur, ihre Geschichte, ihre Eigenständigkeit und damit das Recht auf politische Selbstbestimmung abspricht. Weniger bekannt und anerkannt ist, dass auch die Palästinenser eine Nation sind, wenn auch noch ohne Staat, mit einer Geschichte, einer Religion und einem kollektiven Selbstbild. Die Palästinenser befinden sich deshalb noch im Zustand der De-Kolonisierung. In den 1960er und 70er Jahren waren Gruppen in Ost- und Westdeutschland von diesem linken Kampf der PLO für nationale Selbstbestimmung erfasst. Man setzte damals auch Gewalt gegen Israel ein, den man als „Kolonialstaat“ einstufte. Dieser Kampf hat heute keine gute Presse mehr, erläutert Bashir. Man erkennt inzwischen an, dass diese Bewegung „nicht immer moralisch zu rechtfertigen und politisch zielführend“ gewesen sei. Wichtiger sei aber, was in Deutschland kaum wahrgenommen wird, dass sich 1948 nach dem Ende der imperialen Dominanz im Nahen Osten Palästina gleichzeitig mit dem Staat Israel als eine eigenständige Nation deklarierte. Durch den Krieg im Nahen Osten sei dieser postkoloniale Freiheitskampf nun wieder aufgelebt. Palästina sei, so Bashir, zu einer „globalen Metapher“ und „zu einem Symbol für Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit“ geworden.

Ob die palästinensische Nation aus dem aktuellen Gaza-Krieg als eine Nation hervorgehen wird oder nicht, ist zurzeit aber noch offen. Während der Existenzkampf der Ukraine gegen den russischen Aggressor von vielen westlichen Mächten unterstützt wird, ist das beim Überlebenskampf der Palästinenser nicht der Fall. Denn trotz erneuter globaler öffentlicher Proteste vermögen die Palästinenser es nicht, wie Sonja Zekri feststellt, „ihr symbolisches Kapital in politisches Kapital umzusetzen“.

Bashir bestätigt diese Sicht. Das politische System der Palästinenser sei schwach und korrupt, es müsse sich neu erfinden. Er betont dabei auch, dass sich diese Nation nicht nur auf ihre Opfergeschichte stützen kann, sondern sich auch ihre eigene Zukunft entwerfen und um einen demokratischen Neuanfang bemühen muss. Dieser kann nur mit einer verantwortlichen politischen Führung gelingen und muss den Aufbau von Institutionen vorantreiben.

Für eine demokratische Zukunft, so Bashir, sei die Solidarität mit den Palästinensern und ihre internationale Anerkennung eine ganz wichtige Grundlage. Deshalb darf Solidarität mit den Palästinensern auch nicht in symbolischen Akten, Parolen und Gesten aufgehen, sondern sollte in handfeste Unterstützung münden, sowohl bei der Linderung der alltäglichen Not der Menschen am Rande des Abgrunds, als auch beim Aufbau von politischen Strukturen.

In Deutschland ist die Solidarität mit den Palästinensern prekär. Die immer wieder beschworene historische Verantwortung für den Holocaust sowie die Betonung der Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson führen hierzulande automatisch zu einer Entbindung von jeglicher Verantwortung für die Palästinenser. Das schlägt sich im Ungleichgewicht medialer Berichterstattung nieder und führt letztlich zu einem Aussetzen von Empathie. Denn Empathie ist ein Schalter, den man anstellen, aber auch abstellen kann. Das Abstellen von Empathie in Deutschland ist leicht durch den Krieg zu erklären. In einem Krieg kann man nicht unparteiisch sein. Der Sieg der einen Seite bedeutet den Untergang der anderen Seite. Unterstützung ist immer nur für eine Seite möglich. Den Deutschen wird zugemutet, sich hier moralisch zu entscheiden und politisch zu verpflichten. Für viele bedeutet das einen Konflikt mit dem eigenen moralischen Kompass.

Die drei Vorschläge

Loyalität mit dem Staat Israel und Solidarität mit den Palästinensern dürfen sich aber nicht auf Dauer gegenseitig ausschließen. Deshalb ist es so wichtig, dass einige Vordenker den Blick nicht nur zurück in die Vergangenheit, sondern auch nach vorne in die Zukunft wenden und eine mögliche Koexistenz beider Nationen nach Ende des Krieges imaginieren. Drei dieser klugen Vordenker sollen hier kurz zu Wort kommen.

Eine Stimme ist die von Omri Boehm, Philosoph und Enkel von Holocaust-Überlebenden, der in Israel, den USA und Deutschland lebt. Sein Modell sieht einen gemeinsamen demokratischen Staat für Israelis und palästinensische Araber vor. Da er keine Bürger zweiter Klasse duldet und Israelis mit Arabern, Juden mit Muslimen absolut gleichstellen möchte, fordert Boehm einen einzigen „Staat für alle“. Sein Buch hat den Titel Israel – eine Utopie und greift eine Vision aus der Vergangenheit auf. Diese Vision ist mit einer

Gruppe von Zionisten nach Palästina eingewandert und in der Stadt Haifa umgesetzt worden. Boehm empfiehlt dieses Modell der Haifa-Republik mit einer gemeinsamen israelischen Staatsbürgerschaft für alle Juden und Palästinenser, um den demokratischen Anspruch gleicher Rechte für alle Gruppen zu verwirklichen. Eine wichtige Dimension seiner Zukunftsvision besteht dabei in einer „Kunst des Vergessens“. Der gemeinsame Staat müsse auf eine Politik gegründet werden, die die Traumata der beiden Nationen, die Shoah und die Nakba, als Säulen ihrer Politik abträgt, damit diese spaltende Vergangenheit allmählich verblasst und vergessen werden kann.

Ein weiterer Vorschlag kommt von Moshe Zimmermann, israelischer Historiker und Sohn von Holocaust-Überlebenden. Er plädiert für eine demokratische Zweistaatenlösung, ergänzt sie aber durch neue Voraussetzungen und Merkmale. Dazu gehört eine föderative Struktur nach dem Muster der EU, die von rechtsstaatlichen Institutionen gestützt und von internationalen Großmächten geschützt wird. Die Nationalstaaten der heutigen EU dienen dabei Zimmermann als Modell, denn sie haben die gefährliche historische Phase der ethnisch homogenen und souveränen Nationalstaaten historisch bewusst überwunden. Sie sind zu friedlich kooperierenden Staaten mit heterogenen Gesellschaften mutiert, die sich auf Rechtstaatlichkeit berufen und zu gegenseitiger Unterstützung und Schutz verpflichtet sind. Unterschiede zwischen den Nationen sollen – wie in der EU – nicht mehr als Grund der Polarisierung, sondern als Motivation zu Austausch und Kooperation aufgefasst werden.

Vor allem müssen innerhalb beider Staaten die Inhalte von Religion, Kultur und Erziehung auf eine gemeinsame Zukunft hin ausgerichtet werden: An die Stelle einer Erziehung zum Hass (wie in den Nationalstaaten vor dem Ersten Weltkrieg) müsse eine Erziehung zu friedlicher Koexistenz und gegenseitiger Bekanntheit und Anerkennung treten. (Dafür gibt es übrigens bereits ein hervorragendes Geschichtsbuch von Dan Bar On und Sami Adwan. Es heißt „Seite an Seite“ und erklärt die historischen Schlüsselereignisse der Palästinenser für Israelis und umgekehrt.)

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremder Inhalt eingebunden. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

Der dritte Vorschlag kommt von Bashir Bashir selbst, dem palästinensischen Politologen und Angehörigen der 2. Nakba-Generation. Sein Modell nennt er „egalitären Binationalismus“. Es geht ihm also ebenfalls um eine Zweistaatenlösung, diesmal jedoch aus einer palästinensischen Perspektive. Seine Vision beginnt mit den Rahmenbedingungen. Bashir bringt dabei neben Politik und Erziehung auch die Ethik mit ins Spiel, denn seine politische Lösung schließt das Projekt einer historischen Versöhnung in Israel/Palästina ein. Dieser ethische Rahmen bedeutet die Anerkennung der Existenz zweier nationaler Gruppen, die beide das gleiche Recht auf nationale Selbstbestimmung haben. Seine politische Lösung für Israel/Palästina ruht auf den Prinzipien von Gleichheit, Parität, Gegenseitigkeit, Zusammenleben und gegenseitiger Anerkennung.

Die im Grunde sehr schlichte Logik

Diese Vision klingt nach einer reinen Utopie. Das ist sie aber nicht, sondern folgt im Grunde einer sehr schlichten Logik, welche lautet: „palästinensischen Arabern und israelischen Juden bleibt nichts anderes übrig, als miteinander zu leben. Keine Seite kann die andere auslöschen.“ Daraus folgt: Solange sich die israelische Politik dieser Wahrheit nicht stellt, wird der Krieg fortgesetzt und die Asymmetrie zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten gesteigert. Dieses Prinzip der Steigerung nennt Präsident Netanyahu „Sicherheit“, aber Sicherheit ist eine Strategie und kein politisches Ziel. Den Unterschied erläuterte bereits Kardinal Pizzaballa, der eine große Gefahr sah im „völligen Fehlen einer Exit-Strategie. Alle Kriege müssen ein politisches Ende haben, nicht ein militärisches.“

Im Gegensatz zu Boehm, der den Nationalismus ausschließt, wertet Bashir ihn aus einem einfachen Grunde auf. Wieder geht es um Asymmetrie. Denn als die Nationalität der Juden 1917 mit der Balfour Deklaration international anerkannt wurde, wurde sie den Palästinensern aberkannt. Insofern gibt es hier noch einen Nachholungsbedarf. Das ist für ihn ein Grund zur Hoffnung, dass solche Asymmetrien in einer gemeinsamen Zukunft ausgeglichen werden können.

Auf die Frage der Journalistin: Die Palästinenser haben von einer solchen gemeinsamen Zukunft viel zu gewinnen, aber was haben die Israelis davon? lautet Bashirs Antwort: Die Gegengabe sei Entspannung und Normalität: „Obwohl der Staat seit mehr als 70 Jahren besteht, ist noch immer nichts normal in Israel. Und der egalitäre Binationalismus kann das möglicherweise ändern. Er bietet den israelischen Juden das, was ihnen am meisten fehlt, nämlich Normalisierung und Legitimität in den Augen ihrer Opfer.“

Einzig die Palästinenser können den israelischen Juden diese Legitimität und Normalisierung auf eine Weise verschaffen, die wirklich tiefgehend und bedeutsam wäre. Das aber würde die Verwirklichung ihrer eigenen nationalen Rechte voraussetzen.“ Es hat sich inzwischen deutlich gezeigt, dass der Wunsch nach Sicherheit-ohne-Legitimität hochgefährlich ist, weil er in die Eskalation führt. Die Lösung des Problems beruht für Bashir auf dem einfachen Prinzip der Gegenseitigkeit: Die Legitimität, die die Palästinenser den Israelis geben können, ist genau das, was sie sich von ihnen wünschen.

Aleida Assmann ist
Kulturwissenschaftlerin und
Trägerin des Friedenspreises
des Deutschen Buchhandels.